

Thesen zur aktuellen Situation der Partei die LINKE

Diskussionsbeitrag zur Analyse des Ergebnisses von 4,9 Prozent bei der Wahl zum Bundestag 2021

1. In welcher Zeit leben wir?

Trotz aller Veränderungen, die das kapitalistische System durchlaufen hat, besteht der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit fort, wobei die Erscheinung des Widerspruchs neue Formen angenommen hat.

Die zu Beginn des XX. Jahrhunderts dominierende Industriegesellschaft (im Wesentlichen als Fordismus benannt) wurde abgelöst durch eine vom (Kasino-) Finanzkapitalismus bestimmte Ökonomie. Die einsetzende neoliberale Offensive, gekennzeichnet durch Rückbau des Staates und die „Ermöglichung“ von mehr individueller Freiheit, verdeckte wesentlich den alten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit; d.h. die Lohnabhängigen nehmen das Ausbeutungssystem subjektiv nicht mehr unmittelbar wahr.

Mit der zunehmenden Verbreitung digitaler Technologien ist in den letzten Jahren eine Reorganisation des Kapitalismus verbunden. Die Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus (die GAFA – Google, Amazon, Facebook, Apple u.a. wie Microsoft) agieren nicht wie klassische Monopole auf Märkten, sondern sie sind „Märkte“ (d.h. Kunden dieser Plattformen sind Unternehmen, die Werbung schalten und damit „Werbeeinnahmen“ produzieren). Die Logik der Kapitalisierung entsteht somit durch „Marktbesitz“. Das bedeutet die Einleitung eines kapitalistischen Transformationsprozesses und die Veränderung des dominierenden Produktionsmodells. Die Herren dieser GAFA -Unternehmen sind Milliardäre. In diesem Sinne agieren hier global tätige Konzerne, die Superprofite erwirtschaften, außerökonomische Macht akkumulieren und diese politisch ausüben.

In den letzten vierzig Jahren vollzog sich im Hinblick auf die Veränderungen, die im kapitalistischen System vor sich gingen, ein grundlegender Wandel der Sozialstruktur der westlichen Gesellschaften. Die Mehrzahl der Lohnabhängigen identifiziert sich subjektiv nicht mehr mit der „Arbeiterschaft“.¹

Dieser Wandel sozialer Strukturen ist als objektiver Faktor in direkter Weise mit dem Bild, das die Linke heute abgibt, verbunden.

Unter den Bedingungen des neoliberalen, digitalen Kapitalismus entsteht eine Tendenz zur Individualisierung der Gesellschaft. Insbesondere durch Prozesse der Vereinzelung (aktuell verstärkt u.a. durch Homeoffice) werden Ausbeutungsverhältnisse nur noch in besonders krassen Fällen als solche wahrgenommen. Im Hinblick auf die Möglichkeiten, die der digitale Kapitalismus bietet, verstärkt sich die Tendenz des Diktats des Konsums (Marktfetischismus, Lifestyle, Bessergestellte, die sich als neue gut situierte und gut ausgebildete Mittelklasse begreifen). Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus war die Notwendigkeit, sich der Systemkonkurrenz anzupassen, erledigt. Der durch diese Konkurrenz erzwungene Sozialstaat brauchte nicht mehr beachtet zu werden, sodass der neoliberale Umbau zügig vorgenommen werden konnte.

Trotz Wegfall der Systemauseinandersetzung hat sich die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus verstärkt: Finanzkrise 2008-2010, die Corona-Krise², latente militärische Konflikte, Kriege um Ressourcen, Wasserreserven und Migrationsbewegungen nehmen zu. Ehemals feste „Orientierungspunkte“ verschwimmen und an ihre Stelle tritt für viele Menschen der Eindruck eines umfassenden Chaos und sich verfestigende Unsicherheit, soziale Ängste (Abstiegsängste, offene Zukunft für die nächste Generation) und Entsolidarisierung.

¹ schon im Manifest der Kommunistischen Partei stellten Marx und Engels fest: „Die Bourgeoise, ..., hat alle feudalen, patriarchalen, idyllischen Verhältnisse zerstört.“ ... „Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“ (ME in 6 Bänden, Bd. 1, Seite 418 / 419).

² Professor Dörre, Uni Jena, nennt das „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“, in <https://www.links-bewegt.de/de/article/433.schicksalswahl-alles-muss-anders-werden-%C3%A4ndern-soll-sich-wenig.html>

Insbesondere die Klimakrise zeigt die Grenzen des Kapitalismus deutlich auf: Ausgelöst durch die rücksichtslose Ausbeutung von Naturressourcen (fossile Energieträger) seit Beginn der Industrialisierung ist der „Markt“ nicht in der Lage, Produktion und Wirtschaftsweise auf „Naturverträglichkeit“ umzustellen. Aber selbst in mehr als 30 Jahren seit der wissenschaftlichen Erkenntnis über die Klimaveränderung haben es staatlichen Eingriffe nicht vermocht, von der Ausbeutung fossiler Kohlenstoffquellen auf erneuerbare Energien umzusteigen. Grund hierfür ist, dass es jeglicher Marktlogik widerspricht, Naturressourcen nicht restlos auszubeuten.

Die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems brechen auf und erscheinen oberflächlich als gegebene Schwierigkeiten, die gelöst werden können. Jedenfalls suggerieren das die offizielle Politik, die Medien und insbesondere die neuen Medien, die der schweigenden Mehrheit der Menschen eine Möglichkeit geben, sich, auch anonym zu äußern. In der Realität aber zeigt sich, dass der Kapitalismus als System nicht in der Lage ist, die offenkundig vorhandenen Probleme und die der Zukunft der Menschheit zu lösen. Und das besonders im Hinblick auf die Klimakrise und die Frage Krieg und Frieden. Auch in einer Reihe von weiteren Umweltaspekten (Ressourcenverbrauch, Abfallentsorgung, Artensterben) sind die planetaren Grenzen bereits erreicht oder überschritten. Dennoch feiert das Kapital die Doktrin des „unbeschränkten Wachstums“ auf einem endlichen Planeten...

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rückt der Gegensatz USA und seiner Vasallen (insbesondere innerhalb der NATO) einerseits und Russland / China andererseits, der in der westlichen Welt als die Auseinandersetzung zwischen „liberalen“ Staaten des Westens und den „autoritären“ des Ostens betrachtet wird. Jedoch ist die Auflösung existierender hegemonialer Strukturen mehr als diese „Bipolarität“. Grundsätzlich geht es um die Gestaltung des internationalen Systems im XXI. Jahrhundert, das auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des Multilateralismus basieren muss.

2. Wo steht die Linke in diesen Zusammenhängen?

Ausgangspunkt muss die Feststellung sein, dass der Kapitalismus seine Erscheinungsformen verändert hat, aber der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital unter anderen Erscheinungsformen erhalten bleibt. Hier muss die Linke ansetzen und mit neuen Ideen / Projekten eine Transformation des Kapitalismus anstreben. Darin besteht die Existenzbedingung einer gesellschaftlichen Linken.

Im Hinblick auf den Wandel der Sozialstruktur der Gesellschaft muss es für die Linke um die Frage des Subjekts für Veränderungen / Transformation gehen. Das heißt, die sozialen Veränderungen die unter den Lohnabhängigen vor sich gegangen sind, müssen objektiv richtig erfasst werden. Die subjektive Wahrnehmung der Ausbeutungsverhältnisse hat sich verändert. In der Vereinzelung sozialer Kämpfe (in der Krankenpflege, in Lohnauseinandersetzung der Gewerkschaften, im Kampf gegen Klimawandel, friedenspolitische Akteure usw.) ist es erforderlich, den gemeinsamen Nenner dieser Kämpfe zu suchen und zu verstehen. Dieser besteht offensichtlich in der Frage der Nachhaltigkeit dieser Auseinandersetzungen. Dazu Dörre: „Dass fragmentierte Öffentlichkeiten so wirken wie sie wirken, hängt eng mit den politischen Akteuren zusammen. Sie alle blieben – die Linkspartei eingeschlossen – hinter den Anforderungen einer Nachhaltigkeitsrevolution zurück. ... hat es im Vorfeld der Wahl nicht an Nachhaltigkeitstalk gefehlt. ...Doch was an Wegen zur Zielerreichung angeboten wird, vermag kaum zu überzeugen.“³ Eben auch nicht die LINKE.

Das Gleiche betrifft die Frage „Krieg und Frieden“: Keine Partei, nicht einmal die LINKE, vermochte es, diese mit der Frage des „Klimawandels und seinen Folgen“ unmittelbar zu verbinden. Schlussfolgernd muss festgestellt werden, dass einzelne Akteure (Subjekte) vorhanden sind, aber das Gemeinsame in ihren Aktionen fehlt. Die LINKE war nicht in der Lage, ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen.

³ Siehe obigen Vermerk

Befragt nach den Ursachen der Niederlage der LINKEN, werden sehr unterschiedliche Antworten gegeben: „Einengung auf ein bestimmtes städtische Milieu“, „zu starke Orientierung auf Regierungsfähigkeit und Anbiederung an die SPD“ usw.

Deshalb nochmals Dörre: Es „ist fatal, weil es eine Kernaufgabe der Linkspartei gewesen wäre, den großen Zukunftsfragen gebührende Öffentlichkeit zu verschaffen und sie so zu Wahlkampfthemen und zu Kriterien für die Stimmabgabe zu machen.“⁴ Das heißt aber auch, dass der LINKEN eine übergreifende Strategie fehlte, die die Gesamtheit der gesellschaftlichen Krise und der Aufklärung des Chaos in der Gesellschaft analysiert und offensiv vertreten hätte.

Diese Feststellungen führen zu einem anderen Dilemma der LINKEN: „Es regiert die Hermeneutik (heißt Deutung, eingefügt vom Autor) des Verdachts. Wer auch nur andeutet, die imaginäre Revolte der radikalen Rechten habe etwas mit sozialen Verwerfungen zu tun, sieht sich sogleich mit dem Vorwurf der Rassismus-Verharmlosung konfrontiert. Umgekehrt heißt es, Plädoyers für ein offenes Migrationsregime ignorierten Alltagsorgen, mit denen sich »einfache Leute« auch in reichen Gesellschaften herumzuplagen hätten.“⁵ Eine als „Mosaiklinke“ bezeichnete Partei setzt sich aus unterschiedlichen politischen Ansätzen zusammen. Seit der Gründung der LINKEN aus PDS und WASG 2007 wurde es nicht erreicht, einen gemeinsamen Konsens zu erarbeiten, der eben auch in einer gemeinsamen Strategie festgelegt worden wäre. (s. dazu auch die unterschiedlichen „Strategiekonferenzen“, die wenig zur Klärung beitrugen).

Vergangene Wahlschlägen, die immer mit einem Rückgang an Stimmen für die PDS und die LINKE verbunden waren (kontinuierlichen Stimmenverluste seit der Europawahl 2009), wurden nie ernsthaft aufgearbeitet. Allerdings wurden immer Versprechungen abgegeben, gründlich zu analysieren und Lehren zu ziehen.

Dazu, z.B. Klaus Lederer 2011: „Wenn es uns gelingt, daraus eine gemeinsame Diskussion zu entwickeln, die uns unsere Defizite und unsere »Baustellen« vor Augen führt. Wenn wir zu Schlussfolgerungen gelangen, die uns in unserer Breite in die Lage versetzen, politisch wirkungsvoller zu werden und an gesellschaftlichem Einfluss zu gewinnen,“⁶ dann ja, so können wir das nach der Wahl 2021 in ähnlicher Form wiederholen. Aber davon sind wir offenbar noch weit entfernt, denn nun wird in Berlin wieder mitregiert und mancher Vorsatz wird wieder vergessen (s. 56 Prozent Zustimmung für das Volksbegehren in Berlin einerseits und der vorliegenden Koalitionsvertrag, der dies nicht widerspiegelt).

Gestellt werden muss auch die Frage nach einer Entfremdung der LINKEN von ihrer sozialen Basis.⁷ Dabei geht es keineswegs um das „Proletariat“, sondern vielmehr um die Differenzierung unter den Lohnabhängigen, was unter den neuen sozial-politischen Bedingungen ein differenziertes Herangehen an Klassenfragen erfordert. Es steht auch die Frage, inwieweit neoliberale Ideologie auch in linke Kreise „eingedrungen“ ist und ob die Diskussion um Identitätspolitik mit der Klassenfrage zu verbinden ist. Geht es um Identitätspolitik, so ist Diskriminierung durch die kapitalistische Gesellschaft nach Geschlecht, Ethnie, sexueller Orientierung etc. und Klassenpolitik nach Ausbeutung und sozialer Diskriminierung. Damit steht die Frage nach Akteuren/Subjekten in differenzierter Weise, die bisher in der LINKEN offenbar einseitig und nicht dialektisch betrachtet wurde.

Dabei geht es um folgende Probleme:

- Unterschiedliche lohnabhängige Bereiche haben bestimmte eigene subkulturelle Milieus,
- die Menschen haben unterschiedliche und sich wandelnde Identitäten. Eine Verabsolutierung verwischt die Problematik. Eine Gleichsetzung des Kampfes von Frauen um Gleichbehandlung mit der

⁴ Siehe oben

⁵ Siehe oben

⁶ DIE LINKE zur Wahl: Gedanken zum Berliner Wahlergebnis 2011, 26.10.2011

⁷ Wer sich etwas genauer mit dieser Frage beschäftigen möchte, dem ist die Lektüre des Buches „Rückkehr nach Reims“, Didier Eribon, edition suhrkamp, 2019 zu empfehlen

Situation eines Hartz IV Empfängers würde nur neue Widersprüche erzeugen. Denn: Trotz allem ist der Kampf um Gleichberechtigung im Kapitalismus durchaus zu lösen, der zwischen Arbeit und Kapital jedoch nicht!

- Eine theoretische Aufarbeitung der Widersprüche im Kapitalismus hinsichtlich unterschiedlicher Einzel- oder Gruppeninteressen ist eine Voraussetzung, um die Probleme des Einzelnen (oder der Gruppe) als Teil des Ganzen zu erfassen.

Weltweit haben wir es mit der Zunahme von Protestbewegungen zu tun, wobei diese oft mit sehr unterschiedlichem oder sogar konträrem Antlitz in Erscheinung treten (z.B. PEGIDA, die Indignados in Spanien oder die Gelbwesten in Frankreich). Ihre „gemeinsame Ursache“ haben diese Bewegungen in den Krisenerscheinungen des Kapitalismus, die nur unterschiedlich perzipiert, bzw. sich unterschiedlich auswirken. Hier muss die Frage gestellt werden, inwieweit die gesellschaftliche Linke die Fähigkeit verloren hat, als Katalysator oder Gegengewicht zu agieren. Hier hat die Linke erheblich an Einfluss verloren (in Ostdeutschland im Besonderen).

In einer immer komplexer werdenden Welt, die zur Unübersichtlichkeit oder gar Chaos führt, ist es für den Einzelnen schwer (so er will!), sich zurecht zu finden, was zur Verunsicherung, aber auch zum Beharren beim Alten führt. Es ist deshalb vorstellbar, dass die Linke sich wieder auf eine „Große Erzählung“ besinnt, diese auf der Grundlage des Marxismus ausarbeitet, d.h. eine kritische Theorie auf der Höhe der Zeit mit einer Bündelung unterschiedlicher Strömungen, die praxisnah und in der täglichen Auseinandersetzung entstehen muss.

Ausgehend von der wachsenden Schwäche des Kapitalismus geht es um Reformen umgestaltenden Charakters: Überwindung des Neoliberalismus und der Macht des Marktes, Privatisierungen (wie die Berliner Initiative) stoppen, Kampf um demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft, Kampf gegen die GAFA und das Finanzkapital, reale Möglichkeiten, einen „grünen Kapitalismus“ zu verhindern und schließlich Kampf um die Gestaltung der Weltordnung des XXI. Jahrhunderts, d.h. Kampf um Frieden und gegen Krieg unter neuen Bedingungen.

Es gibt keine strategischen Konzeptionen weder in Sachen Krieg und Frieden (s. W. Gallert und den Versuch, Ursache und Wirkung zu verwechseln) noch in der Klimafrage. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und der damit verbundenen Verletzung des internationalen Rechts ist die Position der LINKEN noch schwieriger geworden: Die konsequente Verurteilung des Krieges und die Forderung nach Beendigung der Kriegshandlungen und Abzugs der russischen Truppen muss gleichzeitig verbunden sein mit einer konsequenten Positionierung gegen die Militarisierung der Politik der BRD und der Ablehnung des 100 Mrd.-Projekts der Koalition, einschließlich der Erhöhung des Militärbudgets auf 2 Prozent. Es muss Aufgabe der Linken sein, sich für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa einzusetzen. Sonst hinkt die LINKE weiter in solchen Grundfragen hinterher, womit sie sich selbst diskreditiert und nicht über ein Wahlergebnis von 4,9 Prozent hinauskommt.

Solche strategischen Konzeptionen müssten sein:

- a. Es geht um ein Projekt, wie die Demokratie erneuert (Volksbefragungen, Partizipation) und mit einer Konzeption für den Kampf um Wirtschaftsdemokratie (Mitbestimmung, Stärkung der Gewerkschaften / Belegschaften) verbunden werden kann.
- b. Die folgenden Bereiche sind den Marktmechanismen zu entziehen, weil es sich hier um Grundrechte und Grundbedürfnisse handelt:
 - Gesundheit (inkl. Pflege)
 - Bildung und Kultur
 - Wohnen

- c. Darüber hinaus gehört die Daseinsvorsorge in öffentliche Hand:
- Energienetze (Strom, Gas, Wärme)
 - Wasser, Abwasser
 - Telekommunikation, Internet, soziale Medien
 - Abfallentsorgung
 - Mobilität (ÖPNV, Bahn)
- d. Es geht um ein Konzept einer radikalen ökologischen Wende, in der die LINKE grundsätzliche Fragen der Entwicklung der Industrie, des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft aufwirft und die Mär vom „grünen Kapitalismus“ entlarvt.
- e. Dazu gehört ebenfalls ein Konzept der Positionierung zur mittelständischen Wirtschaft, die ebenfalls wie große Teile der Gesellschaft vom Großkapital (Finanzkapital) beeinträchtigt wird.
- f. Der LINKEN fehlt ein Konzept zu Fragen der Erneuerung der Landwirtschaft, die unter ökologischen Gesichtspunkten gestaltet werden muss. Dabei muss sie sich abgrenzen von den gegenwärtigen Vorstellungen der Grünen und CSU (bäuerliche Familienbetriebe) und esoterischen Bewegungen.
- g. Und nicht zuletzt geht es um ein Konzept für eine konsequente Friedenspolitik, die auf der Basis der heutigen Realitäten erarbeitet wird: Beendigung des Krieges in der Ukraine, wie sieht eine europäische Sicherheitsarchitektur unter den Bedingungen der verschärften Auseinandersetzung um Einflussphären aus etc.

Zusammenfassend: Der LINKEN fehlt eine linke Erzählung, die auf der Höhe der Zeit, einer grundsätzlichen Analyse der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus, der Akteure, die diese Erzählung ausarbeiten und unterstützen, und der einzelnen Projekte oder Konzepte basiert.